

**Anträge
zur
Mitgliederversammlung
am 13.09.2008**

Karl-Heinz Goll

Antrag an die BdV-Mitgliederversammlung am 13.09.2008:

Die BdV-Position zur privaten Altersvorsorge

Auch wenn die Alterssicherung im Grunde kein Problem der Privatversicherung ist, nennt der BdV in § 2 der Satzung als einen seiner Zwecke die „Weitergabe allgemeiner Informationen zu Anlagekonzepten zur Altersvorsorge“.

Die Mitgliederversammlung fordert daher den Vorstand auf, die Haltung des BdV zur privaten Altersvorsorge künftig kritisch zu definieren und dabei aufzuzeigen:

- a) dass die private Rentenversicherung auf Grund der Riester-Reformen im Vergleich zur paritätisch-umlagefinanzierten, gesetzlichen Rente die Lasten der demografischen Alterung einseitig den Verbrauchern bzw. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aufbürdet und die Unternehmen jährlich um zweistellige Milliardenbeträge zu Gunsten der Gewinne entlastet;
- b) dass die Kapitaldeckung bei der Altersvorsorge bezüglich der demografischen Entwicklung keinen volkswirtschaftlichen Vorteil gegenüber dem Umlageverfahren bietet, vielmehr langfristig schwere Risiken birgt, u.a. durch Finanzkrisen oder Inflation;
- c) dass die aktuellen Produkte der privaten Rentenversicherung für die Mehrzahl der Versicherten unrentabel sind:
 - 1) weil die Versicherer bei Riester- und Rürup-Produkten mit Lebenserwartungen weit über der durchschnittlichen Lebenserwartung kalkulieren; wobei die Überschüsse bis zu 25 % in die Konzerngewinne fließen können und zumeist das angesparte Kapital bei früherem Tod nicht vererbt werden kann;
 - 2) weil die Gebühren und Verwaltungskosten bei vielen Riester-Produkten die Höhe der staatlichen Förderung übersteigen;
 - 3) weil sehr viele Geringverdienende künftig trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung nicht oder kaum in den Genuss ihrer Riester-Rente kommen, die mit der Grundsicherung verrechnet wird;
 - 4) weil die Altersvorsorgeverträge nicht gekündigt werden können und damit extrem unflexibel sind;
 - 5) weil fast alle Versicherungen die Verträge bei einer Prämienfreistellung mit Abzügen belasten, die in vielen Fällen zu einem Erlöschen der Verträge ohne Wert führen;
- d) dass die Komplexität und Vielfalt der privaten Altersvorsorge mit rund 3.700 bei der BA-FIN registrierten Produkten die Verbraucher völlig überfordert und ein weites Feld für überteuerte Produkte, unqualifizierte Berater, unseriöse Vermittler oder Strukturvertriebe sowie „legalen Betrug“ eröffnet hat.

Der Vorstand des BdV soll darüber hinaus

- e) jegliche verbraucherfeindliche Interessenverflechtung in Sachen Rentenprivatisierung zwischen Finanzwirtschaft und Versicherungslobby einerseits, Politik und Politik-Beratern andererseits schonungslos aufdecken und bekämpfen, dies ungeachtet der Parteizugehörigkeit der daran mitwirkenden PolitikerInnen (also auch, wenn SPD-PolitikerInnen betroffen sind);
- f) sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche, paritätisch finanzierte Rentenversicherung im Sinne des Generationenvertrages wesentlich gestärkt und zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt wird. Der BdV solidarisiert sich in dieser Zielsetzung mit den großen Sozialverbänden (u.a. VdK, SoVD, Paritätischer Gesamtverband) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund.

Zur Begründung und Erläuterung:

Zu a) Jeder Prozentpunkt abgesenkter Rentenversicherungsbeiträge entspricht derzeit ca. 8,7 Milliarden €. Die Unternehmer sparen dabei die Hälfte, die Versicherten müssen den